

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beitragen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Preis: 10 Pfennig (für den Monat frei Haus 2 RM. Halbm. 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 3 RM. (inkl. Zustellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterzeitung", Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Postfach 1111, Dresden-Alt. / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfach Dresden 1111 / Geschäftsstelle Dresden-Alt. / Osterbahnhofsstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 236 / Druckerei: "Arbeiterzeitung", Dresden / Druckstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Samstag u. Sonntag)

2. Jahrgang Sonnabend, den 26. Juni 1926 Nummer 146

Der Kampf geht weiter

10 Millionen deutscher Wähler und Wählerinnen haben im Volksentscheid für entscheidungslöse Entziehung der Fürsten gestimmt. Sie haben damit zum Ausdruck gebracht den letzten Schritt zur Verhinderung des fürstlichen Willkürregimes.

10 Millionen, das sind die Wähler von 24 Reichstagsabgeordneten. Dieser Stimmenzahl verdankt Hindenburg den Reichspräsidentenamt. Das ist die Mehrheit der politischen Interessierten in Deutschland. Diese Stimmen wurden abgegeben nicht nur gegen die ehemaligen deutschen Fürsten, sondern ebenso gegen die sie schützenden und sie gestützt haben: Reichspräsident, Reichsregierung und Reichstag.

Keinen Pfennig den Fürsten
Die Parole des Millionenheeres, das am 20. Juni aufmarschierte, ist es im März zum Volksbegehren aufmarschierte und wie es immer marschieren wird, solange es in Deutschland Freiheit gibt und solche, die sie hüten und unterdrücken.

Die 10 Millionen Stimmen sind geklärt gekommen trotz der weltlichen Wahlbeeinflussung durch Reichspräsident und Reichsregierung, trotz des unerhörten wirtschaftlichen Terror, der die gebelagte Wahl zur öffentlichen Steuere und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schicksalen der Bevölkerung die Ausübung ihres Wahlrechts unmöglich machte.

Die Regierung verlor im Reichstag das alte Kompromissgesetz, das den Fürsten alles läßt, was sie bereits besitzen und was sie noch verlangen, zur Annahme zu bringen. Die 10 Millionen Wähler, die im Volksentscheid abgestimmt haben, werden sich damit nicht zufrieden geben. Ihre Forderung bleibt: Entscheidungslose Entziehung der Fürsten.

- Der Reichsausschuss für Fürstenenteignung wird den Kampf um die Fürstenenteignung weiterführen. Er wird alle Kräfte anrufen, um die Mobilisierung aller Werktätigen in Stadt und Land zu bewerkstelligen. Er fordert die Auflösung des Reichstages und die Wahl einer neuen Reichsversammlung.
- Der Reichsausschuss für Fürstenenteignung wird den Kampf um die Fürstenenteignung weiterführen. Er wird alle Kräfte anrufen, um die Mobilisierung aller Werktätigen in Stadt und Land zu bewerkstelligen. Er fordert die Auflösung des Reichstages und die Wahl einer neuen Reichsversammlung.

Der Kompromiß-Schacher im Rechtsausschuß

In Reichsausschuß des Reichstages wurden am Freitag wieder die Forderungen der Regierungsvorlage erledigt. Die Entscheidung ist im allgemeinen unverändert. Die Deutschnationalen haben sich nicht geändert und unerschrocken auf, neben Dr. Goerdeler als Reichspräsidenten, als Reichspräsidenten Herr von Dr. Goerdeler, den bekannten Heilprediger Wilhelm II. heranzuziehen. Am liebsten sind die Sozialdemokraten, die bei jeder Gelegenheit ihren Willen zur positiven Mitarbeit und ihre Zustimmung zu den einzelnen Bestimmungen der Regierungsvorlage bekunden. Dabei wurden in der Freitagssitzung vom 25. Juni die wichtigsten Verbesserungsanträge der SPD, fast sämtlich abgelehnt. Die Abstimmung der einzelnen Paragraphen ergab folgende Ergebnisse: Die Kommunisten, die sich an der Forderung der Abschaffung der Fürstenenteignung beteiligen wollen, werden keine Verbesserungsanträge und enthalten sich bei der Abstimmung über die Fürstenenteignung. Die Kommunisten, die sich an der Forderung der Abschaffung der Fürstenenteignung beteiligen wollen, werden keine Verbesserungsanträge und enthalten sich bei der Abstimmung über die Fürstenenteignung.

Es etwa für Wilhelm Bestimmen passen wollen. Der Abgeordnete der Wirtschaftspartei Lipps stimmte recht zurückhaltend daran, welches Unrecht die Sozialisten 1896 selbst an dem hannoverschen Königshaus verübt haben.

Die Reichsregierung des "Vorwärts" über die Vorgänge im Rechtsausschuß ist wiederum von besonderer Schamhaftigkeit. Bei einer der zahlreichen Abstimmungen nichtstand Genosse T. an der die Fragestellung. Er stellte seine Abstimmung gleich danach richtig. Dieser durchaus richtige Vorgang wird vom "Vorwärts" in isolationem berichtet. Die Kunststücke des Herrn Stämpfer haben nur den Zweck, auf die Annahme des Fürstentompromisses durch die SPD vorzubereiten.

Die "Dresdner Volkzeitung" entwirft sich getrieben in einem längeren Aufsatz darüber, daß die Kommunisten den Rückhandel der sozialdemokratischen Wähler im Rechtsausschuß des Reichstages bei der Behandlung der Fürstenabfindungsfrage als Verrat an der 15-Millionenfront beschuldigen. Noch immer verweist die linke Volkzeitung die "positive Mitarbeit" ihrer Reichsabgeordneten als im Interesse der Arbeiter liegend zu bezeichnen. Sie vermeidet aber angänglich die Frage des Kompromisses um die Auflösung des Reichstages überhaupt zu stellen. Sie erklärt, die Sozialdemokratie arbeite an der Verhinderung mit, ohne ihre endgültige Entscheidung getroffen zu haben. Das ist nichts anderes als eine Täuschung der Arbeiter. Wie die SPD-Fraktion des Reichstages getrieben von einer Delegation von Arbeiterinnen über die Stellung der SPD zur Fürstenabfindung befragt wurde, lehnte der bekannte Parteiburg jede Stellungnahme ab. Rosenfeld erklärte, der Volksentscheid sei erledigt, die Reichstagsabfindung hänge nicht von der Sozialdemokratie, sondern von Hindenburg ab. Im letzten sei die Fürstenenteignung kein gelöstes Problem zur Reichstagsabfindung. Die Politik der SPD, sei in der Frage der Fürsten, der Erwerbslosen und der Millionen Revolutionäre herbeizuführen, und die Delegation werde sehen, wie sich die SPD bei der Entscheidung verhalten werde.

Der Kampf der "Vorwärts" und ihrer Unterstützer behält nur, daß wie die Rolle der SPD, richtig gekennzeichnet haben. Nur der fürstliche Druck der Arbeiter wird die SPD-Führer zwingen können den Rückhandel mit den Fürstenparteien aufzugeben und dem Willen der 15-Millionenfront Rechnung zu tragen.

Auslandstochenschau

Von Arthur Rosenberg
Zurückgang des englisch-russischen Konflikts - Der englische Streit und die internationale Solidarität - Die neue französische Regierung - Die Verschwörung gegen Kemal Pascha.

Die englischen Konföderationen sind in ihrer Haltung gegenüber Russland nicht einheitlich. Eine Gruppe unter Führung von Churchill will ganze Arbeit machen, die Vertreter Sozialistischer Parteien auszuweisen und die Beziehungen mit der verbotenen Arbeiterfront abzubrechen. Die Churchill-Ligue will unter Umständen auch vor einem Krieg nicht zurückweichen. Baldwin dagegen will nicht ganz so weit gehen. Er plant offenbar die Abdrosselung der russisch-englischen Wirtschaftsbeziehungen und eine Wirtschaftsblockade gegen die Sowjetmacht. Er will aber, mindestens zurzeit, den dramatischen Abbruch der Beziehungen nicht. Es ist bezeichnend für die Stärke der extrem-nationalistischen Gruppe, daß Churchill den Willen Baldwin's erstens nicht hat und in öffentlichen Reden seinen Standpunkt vertritt. Wie die Dinge liegen ist eine außerordentliche Verschärfung des englisch-russischen Gegenstandes durchaus möglich. Die internationale Arbeiterfront wird diese Entwicklung sehr beobachtet müssen. Das englische Proletariat nimmt ganz geschlossen gegen die Pläne der internationalen Arbeiterfront Stellung. Es hat auf die englischen Arbeiter den tiefsten Eindruck gemacht, daß Sowjetrußland mit solcher Entschiedenheit den streikenden Bergarbeitern beisteht. Sowjetrußland ist heute, auch in den Augen der rückständigen Arbeiter, die Hochburg der internationalen proletarischen Solidarität. Wenn die Churchill-Gesellschaft eine neue Interventionenpolitik gegen die Sowjetmacht vorbereitete, so wird sie auf die geschlossen-Arbeiterfront aller Völker stoßen.

Partei und Arbeitslose

Die Arbeiter erhalten Staatsbeihilfe. Weder die Gewerkschaften, noch die Arbeiterfront kontrollieren, was die Unternehmer mit diesen Arbeitern machen. Das Unternehmertum ist fast über die höchsten Reize der Bordkurven über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern sich selbstlos hinweg. Den Großkapitalisten und Großagrarern werden die Steuern erlassen oder gestundet. Den Fürsten werden Milliarden ausgezahlt.

In Deutschland gibt es heute drei Millionen Erwerbslose und zwei Millionen Kurzarbeiter. Immer größer wird die Zahl derjenigen, die keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten, denn die Erwerbslosenunterstützung wird bislang nur auf die Dauer von 10 Wochen gezahlt. Bereits im Dezember nächsten Jahres gab es weit über eine Million unterstützte Erwerbslose, ihre Zahl war am 1. Januar auf 1 1/2 Millionen gestiegen. Der größte Teil dieser Erwerbslosen wird in den nächsten Wochen und Monaten ausgezehrt. Denn das charakteristische der jetzigen Erwerbslosigkeit ist es, daß der einmal erwerbslos Gewordene fast keine Aussicht mehr hat, erneut Beschäftigung zu finden. Auf administrativem Wege wird in der rückständigsten Weise die Streichung von den Listen durchgeführt. Wo immer auch nur ein Familienangehöriger einen noch so geringen Verdienst bei einer Beschäftigung findet, wird die Unterstützung nicht gewährt oder entzogen.

Zum Teil noch schlimmer als die Dage vieler Erwerbslosen ist die unzulässige Kurzarbeit. Bei den ständigen Löhnen, die sie in einer vierundzwanzig bis sechsundsechzigstündigen Arbeitswoche erhalten, können sie auf die größten Schwierigkeiten und Schikanen seitens der Behörden, bevor sie überhaupt eine Kurzarbeiterunterstützung erhalten.

Die langandauernde Arbeitslosigkeit, die vollständig ungenügenden Unterstützungen haben zur Folge, daß Millionen Arbeiter und Millionen ihrer Familienangehörigen ins tiefste Elend gestürzt werden.

Gleichzeitig schwächt die große industrielle Krisenarmee die Widerstandskraft der gesamten Arbeiterklasse gegen die Unternehmertumspolitik. So tritt die Lebensbedrohung der Arbeiter immer mehr und mehr.

Bestehen Aussichten auf eine Veränderung dieser Verhältnisse? Im Gegenteil. Alles spricht dafür, daß die Lage sich noch verschlechtern wird. Trotz landwirtschaftlicher und hausgewerblicher Saisonarbeit ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen erneut

Die Vorgänge, die den englischen Bergarbeiterzeitung befehlen, zeigen, wie bitter die internationale Arbeiterfront die Gewerkschaftseinheit auf der Grundlage des Klassenkampfes nötig hat. Die Bergarbeiter-Internationale und überhaupt Arbeiterfront haben jämmerlich verlor. Demgegenüber von Tommas ausständiger Streikereiferkeit sind in den letzten Wochen nach England gekommen. Die Kapitalistenklasse mag den Streik überhört, als ob eine internationale Solidarität der Arbeiter überhaupt nicht besteht. Es ist die Vernichtung der deutschen, belgischen und französischen Arbeiter, nach in letzter Stunde sich auf die Solidarität zu bekennen und die Kohlenausfuhr nach England unmöglich zu machen.

Nach langen Bemühungen hat Irland seine 10. Regierung zusammengestellt. Sie wird durch die Finanzminister Callaghan charakterisiert. Es ist auffällig, daß die Presse des "Nationalen Wochen" Herrn Callaghan gar nicht freundlich aufnimmt. Die alte Hebe der französischen Nationalisten gegen den "Bombenverurteilten" Callaghan ist vergessen. Man vertraut darauf, daß Callaghan die Interessen des Bankkapitals mindestens so gut vertreten wird, wie Voltaire, der ursprünglich als Finanzminister in Frage kam. Welche Schritte wird Callaghan zurück tun? Wird er erst die Inflation bis aufs äußerste weitertreiben und die Mittelschichten und Arbeiter dadurch bis aufs letzte ausplündern und erst dann zur Stabilisierung schreiten, oder wird er sofort die Souveränität der Franken einleiten? In beiden Fällen haben wir eine außerordentliche Verschärfung des Klassenkampfes in Frankreich zu erwarten. Herr Irland, der ehemalige Sozialist, und Herr Callaghan, der ehemalige linke Radikale, werden sich nicht scheuen, die sozialistischen Banner gegen das Proletariat einzusetzen. Die K. P. Frankreichs hat auf ihrem Parteitag in Lille erneut die Lösung der einheitlichen proletarischen Kampf gegen die Bankiers-Regierung und ihre feindseligen Helfer ausgesprochen.

In der Tschekoslowakei befeht sich der neue deutsch-tschechische Bürgerkrieg. Die Deutschen und die tschechischen bürgerlichen Parteien haben nicht nur die Wuchersche gemeinsame gemacht, sondern auch einmütig die neuen tschechischen Arbeiterfront unter Führung der K. P. - Die große Verschwörung gegen Kemal Pascha, die fürzlich aufgedeckt wurde, zeigt, mit welchen Mitteln die englischen Agenten arbeiten, wenn es gilt, eine unbedeutende Regierung zu befehlen.

Die Kommunisten, die sich an der Forderung der Abschaffung der Fürstenenteignung beteiligen wollen, werden keine Verbesserungsanträge und enthalten sich bei der Abstimmung über die Fürstenenteignung.

Die Kommunisten, die sich an der Forderung der Abschaffung der Fürstenenteignung beteiligen wollen, werden keine Verbesserungsanträge und enthalten sich bei der Abstimmung über die Fürstenenteignung.

Die Kommunisten, die sich an der Forderung der Abschaffung der Fürstenenteignung beteiligen wollen, werden keine Verbesserungsanträge und enthalten sich bei der Abstimmung über die Fürstenenteignung.